

PRESSEINFORMATION

Diskussion um Mindestlöhne im Postmarkt: AGV Postdienste vertritt nur Interessen der Deutsche Post AG

Bonn, 05.09.2007: Die gestern von der AGV Postdienste lancierte Meldung, es gäbe eine branchenweite Einigung über Mindestlöhne im Postsektor ist falsch. Von diesen Verhandlungen wurden die Wettbewerber der Deutsche Post AG bewusst ausgeschlossen – ganz offensichtlich mit dem Ziel, die Deutsche Post AG auch zukünftig vor unliebsamem Wettbewerb abzuschotten. Die im Aktionsforum **Mehr Farbe im Postmarkt** zusammengeschlossenen Verbände und Unternehmen stellen ausdrücklich klar, dass die vom früheren Personalvorstand der Deutsche Post AG Bender angeführte AGV Postdienste weder für die Branche spricht noch sie ausreichend legitimiert vertreten kann.

„Es kann nicht sein, dass ein Haustarifvertrag der Deutsche Post AG unter dem Tisch abgewandelt und für allgemeinverbindlich erklärt wird, denn die ineffizienten Monopolstrukturen haben in den vergangenen Jahren für eine unnatürliche Lohnentwicklung gesorgt“, so Dr. Bernd Jäger, Sprecher des Aktionsforums **Mehr Farbe im Postmarkt**. Während in den meisten anderen Branchen – insbesondere im Dienstleistungssektor – regional unterschiedlich hohe Stundenlöhne und Gehälter die Regel sind, hat sich die Deutsche Post AG in jahrzehntealten Monopolstrukturen bundesweit einheitliche Stundenlöhne abhandeln lassen. „Eine regionale Lohnspreizung, die den unterschiedlich hohen Lebenshaltungskosten in verschiedenen Regionen bzw. Städten Rechnung trägt, ist nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern bewährte Praxis“, so Jäger weiter.

Zudem gibt es massive rechtliche Bedenken gegen eine Ausweitung des Entsendegesetzes auf den Postsektor: Im Gegensatz zu den vom Entsendegesetz erfassten Branchen geht es im Briefsektor nicht um die Erstreckung verbindlicher Tariflöhne auf ausländische Arbeitnehmer, sondern darum, einen neuen Schutzzaun zu errichten, der das Unternehmen Deutsche Post AG vor Wettbewerb schützt. Dies verstößt eklatant gegen die grundgesetzlich geschützte Koalitions- und Wettbewerbsfreiheit sowie gegen europäisches Wettbewerbsrecht. Die derzeit vorgeschlagene Umsetzung eines Mindestlohns im Hauruckverfahren ist vor allem auch der Versuch, das in der Bundesrepublik ausgeübte Tarifrecht auszuhebeln. Das Aktionsforum **Mehr Farbe im Postmarkt** wird daher allen Mitgliedsverbänden und -unternehmen empfehlen, sich mit allen Rechtsmitteln zu wehren.

Das Aktionsforum **Mehr Farbe im Postmarkt** bündelt die Interessen von Wettbewerbern der Deutsche Post AG und Postkunden. Unter diesem Dach sind die Verbände BdKEP (Bundesverband der Kurier-Express-Post-Dienste e.V.), BIEK (Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e.V.), DVPT (Deutscher Verband für Post, Informationstechnologie und Telekommunikation e.V.) und DDV (Deutscher Direktmarketingverband e.V.) sowie Unternehmensrepräsentanten regionaler Briefdienstunternehmen und Postnutzer organisiert.